

Statement Herr Stefan Thurn
Präsident des Bundesverbandes Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V.

Pressekonferenz am 17.1.2011 zur BAU 2011

Zusammenfassung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben jetzt 4 Statements gehört, in denen aus verschiedenen Blickpunkten die Aspekte des Wohnens im Alter beleuchtet wurden. Ich darf Ihnen dazu noch einmal eine kurze Zusammenfassung geben.

Die Seite der Betroffenen, der älteren Menschen in der Bundesrepublik, hat Herr Schöppner mit der Vorstellung der Studienergebnisse von EMNID zur Verbraucherumfrage „Wohnwünsche im Alter“ vorgestellt. Zweidrittel der Bundesbürger wünschen ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter. Über 80% wären beim Verlust der Selbstständigkeit sogar bereit noch einmal umzuziehen, wenn sich die Selbstständigkeit dadurch erhalten ließe.

Im derzeitigen Wohnungsbestand läßt sich dieser Wunsch nicht realisieren. Der Bedarf an altengerechten Wohnungen ist, wie zu erwarten, in den bevölkerungsreichsten Bundesländern, NRW, Bayern und Baden-Württemberg am höchsten. Aber bezogen auf 1.000 Einwohner zeigt sich auch in den Neuen Bundesländern, und hier am schärfsten in Sachsen, Bedarf an seniorengerechtem Wohnraum. Nach den Darstellungen von Herrn Günther fehlen bis 2025 100.000 Wohneinheiten mit dieser Qualität jährlich.

Da die demografische Entwicklung feststeht und die Relation von Pflege zu Hause durch Angehörige, Pflege zu Hause durch Pflegedienste und Pflege im Heim sich tendenziell zu Lasten der teureren Pflegeformen entwickeln wird, müssen wir heute schon alles daran setzen, bei Neubau oder Ersatzbau nicht nur energetisch optimierende Maßnahmen vorzusehen, sondern auch seniorengerechte Kriterien im Fokus der Förderung zu haben.

Der Ersatzneubau wird dabei immer in einer individuellen wirtschaftlichen Kalkulation des Investors zu beurteilen sein. Aber tendenziell wäre es unklug, dass allein die energetische Förderung die reine Modernisierung wirtschaftlicher macht. Denn mit einem Ersatzneubau hat man die Chance, einen bauphysikalisch und nutzungstechnisch optimierten, z.B. seniorengerechten Wohnraum zu erstellen. Das ist sogar mit Abriss und Neubau günstiger als eine entsprechende Sanierung einer alten Bausubstanz.

Insofern fordern die Verbände der Bauwirtschaft die Politik auf

Zur Motivation privater Investition durch die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen beim Wohnbau

Und einem Ausbau sowie einer Verstetigung der steuerlichen Rahmenbedingungen für altersgerechten Umbau und Neubau.

Nur dann wird es uns gelingen, rechtzeitig die Qualität an Wohnraum dem Markt zur Verfügung zu stellen, die älteren Menschen ein selbstbestimmtes Wohnen in den eigenen vier Wänden möglichst lange erlaubt. Der Einstieg in diese Wohnbaupolitik trägt dann in Zukunft erheblich zur Entlastung der Sozial- und Pflegesysteme in der Bundesrepublik Deutschland bei.